



Walter Schmidt

Gesundheitswesen im Datenrausch

Editorial zum Schwerpunkt

Seit mehr als 20 Jahren verfolgt die Bundesregierung – völlig unbeeinflusst von der unterschiedlich geprägten parteipolitischen Zusammensetzung der jeweiligen Regierungskoalition – einen Kurs der Digitalisierung und Technisierung des öffentlichen Gesundheitswesens, mittlerweile häufig auch *Gesundheitswirtschaft* genannt.

Begleitet von interessengeleiteten Initiativen, Unternehmen und Verbänden aus dem Bereich der IT- und der Pharma-Industrie, der gesetzlichen Krankenkassen sowie der universitären und der privatwirtschaftlichen Forschung wird damit der Versuch unternommen, vorgeblich die Kosten im Gesundheitswesen zu reduzieren. Tatsächlich werden aber neoliberale und privatwirtschaftlich nutzbare Tendenzen im Gesundheitswesen verstärkt und zugleich die in Krankenhäusern und Arztpraxen anfallenden individuellen Gesundheits- und Behandlungsdaten einer Zweit- und Dritt-Nutzung zugeführt.

Insbesondere seit dem Amtsantritt des derzeitigen Bundesgesundheitsministers Jens Spahn (CDU) hat der *Digitalisierungszug* im Gesundheitswesen deutlich Fahrt aufgenommen. Nahezu im Monatstakt kommen aus dem Hause Spahn neue Gesetzesentwürfe. Dies hat sich auch in der derzeit alles beherrschenden Corona-Pandemie nicht verändert, wie Mitte Mai 2020 das *Zweite Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite* deutlich machte.

Da die Europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) eine durchaus wirksame Sperre bei der ungebremsten Nutzung von Gesundheits- und Behandlungsdaten darstellt, verwenden die bereits genannten Vereinigungen aus Industrie, Krankenkassen und Forschung einige Mühe darauf, die Grundsätze der informationellen Selbstbestimmung im Gesundheitswesen aufzuweichen. „Vom Datenschutz zum Datenschatz“ soll der Weg führen. Auch mit dem sogenannten *Dateneigentum* wird versucht, Schneisen für die wirtschaftliche Nutzung der anfallenden Daten zu schlagen.

Von Beginn an waren die Digitalisierung und Technisierung des öffentlichen Gesundheitswesens auch Gegenstand der Kritik, sowohl von gesetzlich versicherten Menschen, von ÄrztInnen und ihren Verbänden sowie von DatenschützerInnen, IT-Fachleuten und NetzpolitikerInnen. Dieser Widerstand ist nie verstummt. Er war nie so stark, dass er die Entwicklungsrichtung im Gesundheitswesen grundsätzlich verändern konnte. Aber er war stark genug, um Auswüchse zu verhindern und übergriffiges Verhalten zu begrenzen. Dies ist auch heute noch der Fall.

In fünf Aufsätzen beschäftigen sich eine Autorin und vier Autoren mit unterschiedlichen Aspekten der derzeitigen Auseinandersetzung um die Digitalisierung des Gesundheitswesens:

Sylvia Johnigk geht der Frage nach, ob In Deutschland eine radikale Transformation des Gesundheitswesens stattfindet, die grundsätzlich das Ziel verfolgt, Gesundheitsdaten einer besseren Verwertbarkeit durch Forschung und Wirtschaft zuzuführen.

Prof. Dr. **Gerd Antes** übt Kritik daran, dass „die Medizin im Datenrausch“ sei, bei Big Data im Gesundheitswesen aber eine Bewertung von Nutzen – Risiko – Kosten der Digitalisierung fehle.

Prof. Dr. **Wulf Dietrich** erörtert, wie mit dem am 1. Januar 2020 in Kraft getretenen *Implantate-Register-Gesetz* der Datenschutz ausgehebelt wird.

Dr. **Thilo Weichert** setzt sich mit dem *Digitale-Versorgung-Gesetz* auseinander, das Ende 2019 beschlossen wurde und mit dem unter dem Stichwort *Datentransparenz* auf pseudonymer Basis eine bevölkerungsweite Datenbank mit Gesundheitsdaten u. a. für Forschungszwecke geschaffen wird.

Jan Kuhlmann informiert über die Protestbewegung gegen die Telematikinfrastruktur



Walter Schmidt

Walter Schmidt (Frankfurt am Main) ist Mitglied der Bürgerrechtsgruppe *dieDatenschützer Rhein Main* (<https://ddrm.de/>), 15. Mai 2020